

Dresdner Volkszeitung

Gesellschaftsamt: Leipzig. Redaktion: Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sanktionsamt: Gebr. Arnold, Dresden.

Aboabonnementssatz mit der regelmäßigen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und einschließlich Sonderdruck monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen werden 4.50 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 7.10. Erhältlich ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitung 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zeitung 10. Tel. 25201. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abonnenten werden die Tagespolitische Prinzipien mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsangeboten. Interesse müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 267.

Dresden, Freitag den 15. November 1918.

29. Jahrg.

Die Soldaten für Einigkeit.

Die Besetzung der Reichsämter. — Der Berliner Volkszugsrat an die Ententevölker. — Wilson kommt zur Friedenskonferenz.

Wilson auf der Friedenskonferenz?

Berlin, 14. November. Reuter. Der Londoner Vertreter des Manchester Guardian erläutert, daß Wilson endgültig beschlossen habe, zur Friedenskonferenz zu kommen, und daß er vor Mitte Dezember in London erwartet wird.

Rotterdam, 14. November. Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet die Daily News aus New York: Die Amerikaner in Deutschland haben auf die Amerikaner einen tiefen Eindruck gemacht, deshalb werden in einigen Kreisen Lebensmittel für Deutschland und eine Erleichterung der Blockade als die erste Voraussetzung für die Sicherung des Waffenstillstandes betrachtet. Es heißt, daß Wilson einen ausgearbeiteten Plan für einen Völkerbund hat, einschließlich eines internationalen Gerichtshofs für Rechtsstreitigkeiten und einer internationalen Polizei für die Meere.

Bern, 13. November. Der Manchester Guardian schreibt: Was in Deutschland geschah, enthält auch eine Moral für die Alliierten. Eine Welt in revolutionären Wehen läßt sich nicht von der alten Allianz der Verfassungsdiplomatie und der Finanzbehörden, die anscheinend glauben, die Friedenskonferenz sei eine Verantwortung für sie. Sie verfehlten die Bevölkerung. Revolution und schweres Rollen tiefer Kräfte liegt in der Luft. Sie sind gewonnen!

Hanau, 14. November. Aus London wird gemeldet: Lord George hielt im Komitee seiner eigenen Partei eine Rede, in der er über den Frieden sprach, doch er nicht so weit zu gehen scheint, wie die Resolution von Paris tatsächlich des Wirtschaftskriegs verlangt. Der dritte Punkt des Wilsonschen Programms hätte zur Folge, daß jeder Gedanke an einen Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß wegfällt.

Wie die Kölner Volkszeitung von zuverlässiger Berliner Seite erfährt, ist der Abschluß eines Präliminarfriedens bereits angebahnt. Bei den Verhandlungen im französischen Kommandatür waren nur Franzosen und Engländer beteiligt; Italiener und Amerikaner waren nicht zugegen.

Valdige Einberufung der Konstituante.

zu Berlin, 15. November. Reichskanzler Ebert hat gestern im Gespräch mit Vertretern der Röss. Ith. mitgeteilt: Wir sind entschlossen, die Konstituante so schnell wie nur irgend möglich einzuberufen. Jeder Verdacht, den man in bürgerlichen Kreisen gegen diese Absehung hegt, ist völlig unbegründet. Wir haben bereits die ersten Vorbereitungen getroffen und gefunden bestimmt, im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Der Gedanke, diese Wahlen heute, d. h. vor der Rückkehr der Truppen abzuhalten, ist darum leider unzulässig, weil diese heute weder mehr an ihren Fronten noch im Kämpfengebiet feststehen, noch andererseits schon in ihre Heimat zurückgeschafft sind. Im Gespräch über die heutige Note Wilsons sagte der Reichskanzler: Wir haben heute Verhandlungen mit führenden Akteuren gepflogen, dahingehend, daß Schiffe, Kohlen und alles Nötige sofort bereitgestellt werden, um die von Amerika bewilligten Nahrungsmittel so rasch als möglich ins Land zu bringen.

Die Zukunft der Kriegsanleihe.

Die Gefahr des Wirtschaftskriegs scheint in Deutschland endgültig überwunden zu sein. Auch die Unabhängigen haben zwar nicht in Worte, aber durch ihre Taten eine direkte Trennungslinie zwischen sich und ihr gezeigt. Ein Erfolg der Reichsregierung, mitunterzeichnet von Hugo Haase, verhindert, daß auch die neue Regierung die Kriegsanleihe garantieren. Der last ausschließlich aus Unabhängigen zusammen, eingeschlossene Arbeiters- und Soldatenrat der Stadt Hamburg hat in einem Auftrag die bestehenden Kosten angehoben, ihr Geld nicht kontrolliert von den Banken abzuhauen, da er die Unvereinbarkeit des Eigentums für alle Fälle sichern werde.

Derartige Gelläutungen wirken zweifellos sehr beruhigend. Denn in der früheren Situation der Unabhängigen war ein beständiges Verständnis für wirtschaftliche Notwendigkeiten nicht immer zu erkennen. In Verhandlungen wurde sehr erklärt, daß das

Problem der Kriegsanleihe sich nur durch vollständige Annäherung der gesamten Anteilshabende, praktisch also durch den Staatsbankrat, lösen lasse.

Zur Mitteilung gelangt, müssen die Unabhängigen doch einsehen, daß derartige Modellzonen in der Theorie wohl sehr verlockend sind, in der Praxis aber der Patient an ihnen stirbt. In der Tat, wie würde die Annäherung der Kriegsanleihe wirken? In erster Linie würden zusammenziehen die Staatsräte, Genossenschaften, auch viele Gewerkschaften, die Räte der Arbeiterversicherung, Arbeitsmarktsicherung, die Lebensversicherungen usw., die alle bis oben hin mit Kriegsanleihe befasst sind. Grade der Arbeitere wurde zuviel sein geringes Sparsparkapital einzulösen. Auch die vorgesetzte Grenze von 1000 M. unterhalb dieser die Kriegsanleihe behalten soll, nicht dem Arbeiter nur dann, wenn er seine Gehaltsliste direkt in Kriegsanleihe angelegt hat. Daß er dagegen sein Geld in Form von Sparzetteln einzahlt, Versicherungsbeteiligen usw. zugesetzt, so geht es mit dem Zusammenbruch der Sparzettel und Ver sicherungszetteln wieder vorüber. Man wendet vielleicht ein, dem Arbeiter sei an einem hundert ersparten Platz viel weniger gelegen als an regelmäßig hohen Verdienst. Mag sein, daß der Arbeiter den Verlust seiner Ersparnisse in das verschmerzen könnte. Aber den Verlust ihrer gesamten Versicherungsbeteiligung kann die Arbeiterschaft als ganzes nicht verkraften, ohne um Jahrzehnte zurückgeworfen zu werden.

Zußerdem würde die Annäherung der Kriegsanleihe direkt groen Ruhe und regelmäßige Höhe wirken, denn sie würde natürlich eine Menge von konkurrierenden Industrie- und damit hohe Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Will der ganze Wirtschaftsraum sich die Arbeiterschaft als eigene Stütze, so wäre nur demdar, wenn am nächsten Tage der Kommunismus fit und fest stände. Was soll nun aber geschehen, um die ungeheure Kriegsanleihe mit der Zeit abzubauen? Man hat eine Verhinderung des Anstiegs von 5 auf 3 Prozent vorgeschlagen. Aber ganz abzulehnen davon, daß ein solches Verfahren die Befreiung der Kriegsanleihe ganz ungerechtigkeitsweise schlechterstellen würde als das, die ihr Geld weniger patriotisch in oft viel rentableren Industriepapieren angelegt haben, gibt es ein viel einfacheres und gerechteres Verfahren.

Der Staat behobene die Kriegsanleihe grundsätzlich nicht anders als in jedem anderen Vermögenswert. Aber er erhält eine so schafe progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, daß der Berliner größte Posten Kriegsanleihe gezwungen ist, zwangs Steuerzahlung eines Teils seiner Kapital zu durchzumachen. Es kann ja eindrücklich bestimmt werden, daß die Steuer auch in Kriegsanleihe entrichtet werden müsse. Dann ergibt sich folgendes: Der Betrag von 100.000 M. Kriegsanleihe erhält zwingend seine 5000 M. Zinsen, aber er muß 10.000 M. zur Steuerzahlung an den Staat zahlen. Auf diese Weise werden 5000 M. amortisiert, ohne daß der Dienstleistung aufhört. Der Kurs der Kriegsanleihe bleibt bei diesem Verfahren der alle, aber die Sätze wandern nach und nach in die Hand des Staates zurück, bis ihre Zahl so gering geworden ist, daß die Verzinsung keine Schwierigkeiten mehr macht. Das ist ein Weg, der allen Teilen gerecht würde.

Ein Hilferuf an die Ententevölker.

Der Volksausschuß der Arbeiters- und Soldatenräte in Berlin erläutert einen Aufruf, in dem es heißt:

An die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas! Vor Jahre lang hat der Krieg in zwei feindliche Lager entschieden. In Deutschland waren es die Militärkäste und die herrschenden Gewalt, die in den Krieg hineingetrieben haben und die in unerträglicher Erbitterung von Frieden nichts wissen wollten. In letzter Stunde räzte sich das deutsche Volk auf und wußt das unerträgliche Joch von sich. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die in wenigen Tagen der blutigen Schlacht bei Verdun die Herrschaft übernahmen und dem ganzen deutschnischen System Deutschlands ein Ende machten. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die die Militärkäste geschmettert und die Regierung besiegt, die die Verantwortung für die Kriegspolitik Deutschlands trug.

Die anderen Völker haben von dem freidirekten Deutschen nichts mehr zu befürchten. Niemals wieder soll der deutsche Willkürkreis sein Haupt erlösen. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein ehrlicher Preispeis ihrer Wirtschaftsverbünde, ein auf dauernden Frieden und wirtschaftliche Freiheit aufgebauter Völkerbund ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten.

Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschland kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regelungen der Entente unerträglich harde Waffenstillstandsbedingungen und Friedensbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Oberhaupt- und Soldatendaseinsrecht der und dieser feindlichen Völker. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen festzuhalten, daß das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und zu sozialer Dynastie verurteilt werde. Wie bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede derartiger Verhängnis ohne jede Forderung und Unterordnung ist.

wurde, ein Friede, der jedem Volle das Recht der Selbstbestimmung und der freiwilligen Einigung läßt.

Die Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. haben oft gesprochen, daß ein solcher Friede eine Siedlung ist. Läßt jetzt einer Besprechungen zur Tat werden, breite darüber ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Raum und dem Weltmarkt kriegerisch preisgegeben, gewidert werden.

Als Vertreter des Volkszugsrates der Arbeiters- und Soldatenräte erjedem wir uns einstimmen und bitten euch dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch eine Versetzung nicht zu einem Slavenstaat verurteilt wird. Wie haben und wirke Freiheit im Interesse erlämpft und wollen in Zukunft im Rufe der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter führen.

Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Die neue sächsische Regierung.

Die Beauftragten der Arbeiters- und Soldatenräte von Dresden, Chemnitz und Leipzig haben eine neue Regierung gebildet. Die Regierung setzt sich aus folgenden Volksbeauftragten zusammen: Lipinski, Inneres und Außenpolitisches; Geyer, Finanzen; Hähner, Militärwesen; Schwarze, Arbeitsministerium; Dr. Grädnauer, Justiz; Buck, Kultus und Unterricht. Die Geschäfte der Ministerien sind heute vormittag von den Volksbeauftragten übernommen worden.

Rede Eberts im Berliner Soldatenrat.

Heute abend war eine Delegiertenversammlung sämtlicher in Berlin ansässiger Soldatenräte nach dem Reichstag einberufen. Gleich der ersten Punkt der Tagesordnung: Bildung einer "Roten Garde" führt zu leichten Debatten und auch zu Angriffen gegen den Volkszugsrat. Die Delegierten würden in der Bildung einer Roten Garde ein Misstrauensvotum gegen den ehrlichen Willen der Soldaten, aus eigener Kraft heraus Ordnung zu halten, erblicken.

Hierauf nahm Ebert das Wort. Er sagte u. a.: Ich habe keine Sorge für die neue Regierung, denn sie darf in der Tat für sich in Anspruch nehmen, daß sie getragen ist von dem Begeisteren der breiten Massen. Da haben wir nichts zu befürchten. Wir haben Nachrichten, daß die Truppen voran an der Front geordnet in den Westen gegangen sind. Anders ist es in der Stappel. Da hat sich vielfach eine Art. schnell nach Hause zu machen, gekämpft. Da steht hier nichts zu tun. Eine Anzahl rechte findet, nicht rechtzeitig aus dem zu rückkehrenden Gebiet und der neutralen Zone herausgekommen. So ist gemeldet worden, daß bereits in Baden und Württemberg die zurückkehrenden Truppen eine große Gefahr für die innere Sicherheit des Landes bildet.

Es sind Verhandlungen eingeleitet, daß uns schnellstens

Lebensmittel aus Amerika

zugeführt werden. Dazu brauchen wir Ruhe, Ordnung und Transportmittel. Alle Soldatenräte müssen sich in den Dienst der Organisation stellen, damit die Demobilisierung sich schnell und glatt abwickelt und die Wirtschaftsversorgung nicht zu Schaden kommt.

Die Demobilisierung kann nur marschieren, wenn ihr Fuß unversehrt bleibt! Dann haben wir auch noch Aussicht, wenigstens einigermaßen släufig Friedensbedingungen durchzusetzen. Wenn der Gegner aber sieht, daß bei uns Anarchie herrscht, dann wird er uns Bedingungen dictieren, die das deutsche Wirtschaftsleben vollständig vernichten. Also, auf zur gemeinsamen Arbeit für die Zukunft unseres Landes, unserer Frauen und Kinder! (Langanhaltender Beifall.)

Söhne ließt folgenden Antrag: Die Vertreter der Großen Garnison werden alle Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung jassen, um die Erneuerung der sozialen Republik zu erhalten; dafür werden benötigt: Eisen- und Stahl, Disziplin auf kameradschaftlicher Grundlage, Unterstellung unter den Volksausschuß des Arbeiters- und Soldatenrats und der mit allen Vollmachten ausgestatteten Kommunen. Dieser Antrag wurde ebenso einstimmig angenommen wie ein Antrag auf Schöpfung der Soldatenabföhrung.